



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 30. Mai 2013

TOP 24: Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen (Drucksache 18/819)

Tobias von Pein:

Mit *einer* Anlaufstelle Jugendliche besser erreichen

Im vergangenen Jahr haben 2.119 junge Menschen in unserem Land die allgemein bildenden Schulen einschließlich der Förderzentren ohne Abschluss verlassen. Unter den Jugendlichen mit Migrationsgeschichte lag der Anteil bei 10,2 Prozent bei denen ohne Migrationsgeschichte immer noch 7,1 Prozent. Junge Männer scheitern auch weiterhin häufiger als junge Frauen.

Aber auch ein mit großer Anstrengung geschaffter Schulabschluss ist leider noch keine Garantie dafür, nach der Schule einen Ausbildungsplatz zu bekommen! Und wenn man dann auf die Suche geht, steht man vor einem Labyrinth von Stellen und Einrichtungen, auf deren Beratung und Unterstützung man angewiesen ist, um die nötigen Hilfen zu erhalten. Da gibt's die Arbeitsagentur, das Jobcenter, das Jugendamt, Sozialamt und und und.

Und diese vielen verschiedenen Anlaufstellen anzunehmen und auseinanderzuhalten, ist für viele eine große Herausforderung. Außerdem sind viele von ihnen zusätzlich mit Startschwierigkeiten belastet oder mit sozialen oder gesundheitlichen Problemen. Hindernisse, auf die passgenau reagiert werden muss. Junge Menschen brauchen niedrigschwellige und gebündelte Angebote, aktiven Support und Hilfe. Und sie wollen ernst genommen werden – auf Augenhöhe!

Hamburg hat im vergangenen Jahr begonnen, einen ungewöhnlichen aber sehr mutigen Weg zu gehen. Hier geht es darum, alle beteiligten Einrichtungen an der Schnittstelle zwischen Schule

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

und Beruf in einer Anlaufstelle zu bündeln. Die Idee ist, jungen Menschen an einem Ort den Support aus verschiedenen Einrichtungen anzubieten.

Unter der neuen Marke „Jugendberufsagentur“ wirken die Stadt Hamburg, die Arbeitsagentur und das Jobcenter zusammen. Alle Ansprechpartner sind hier an einem Ort, in einem Haus, unter einer Adresse zu finden! Dabei wurde keine neue Verwaltungsstruktur aufgebaut, nein. Die Partner schließen eine Vereinbarung ab, die die Grundsätze der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit regelt und die jährlich über Ziel- und Leistungsvereinbarungen konkretisiert wird.

Die Jugendberufsagenturen in der Freien und Hansestadt Hamburg sind zurzeit in drei der sieben Bezirke erreichbar, sollen schon bald in jedem Bezirk direkt erreichbar sein. Sie sollen junge Menschen beim Weg in die Ausbildung unterstützen und – wenn nötig – sie zum Nachholen von Schulabschlüssen motivieren.

Alle schulpflichtigen Jugendlichen werden aktiv angesprochen, bis sie das Abi, Fach-Abi oder ihren Ausbildungsabschluss erworben haben.

Das Ziel ist, Doppelstrukturen und Förderungslücken im Leistungs- und Beratungsangebot zu verringern und die Verweildauer junger Menschen im Bezug von ALG I und ALG II zu verkürzen. Denn nichts ist wertvoller als die Zeit am Anfang des Erwerbslebens junger Menschen.

Und daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Denn wir wollen niemanden zurücklassen. Es ist auch ganz im Sinne des neuen Kurses von Rot-Grün-Blau. Wir wollen durch kluge staatliche Handlungen soziale Folgekosten oder teure Reparaturkosten vermeiden!

Die Hamburger Jugendberufsagenturen existieren jetzt seit einem Jahr, so dass man eine erste Bilanz ziehen kann. Und das Ganze ist schon jetzt ein Erfolgsmodell. Die Vernetzung, der Austausch der Erfahrungen und die Entwicklung von gemeinsamen Strategien verhindern, dass Jugendliche durchrutschen oder verlorengehen. Es werden nahezu alle Jugendlichen erreicht! Und das ist das, was mich so begeistert hat an der Idee „Jugendberufsagentur“. Wir haben die echte Chance, jeden und jede zu erreichen. Niemand wird zurückgelassen!

Nun ist es natürlich so, dass die Strukturen unseres Flächenlandes Schleswig-Holstein und die des Stadtstaates Hamburg unterschiedlich sind und dass die Gemeinden und Kreise bei uns andere Aufgaben haben als die Bezirke in Hamburg. Deshalb bitten wir die Landesregierung mit

unserem Antrag, bis zum Jahresende zu prüfen, wie wir den Weg, den Hamburg gegangen ist, auch gehen können. Ich danke dem Ministerpräsidenten, dass er bereits gestern in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, diese Idee aufzugreifen!

Es geht darum, wie wir dieses Modell – das Modell der Jugendberufsagenturen – auf Schleswig-Holstein – z.B. in einem Modellprojekt vor Ort – übertragen können und an welchen Stellen wir es abwandeln müssen, damit es zu den Strukturen bei uns passt.

Wie ich hören konnte, haben im Vorfeld CDU und FDP erklärt, dass sie diesem Prüfauftrag zustimmen können, trotz einiger Skepsis hinsichtlich der Übertragbarkeit. Für diese Offenheit gegenüber unserem Vorschlag bedanke ich mich und bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Lassen sie uns gemeinsam prüfen, noch bessere Angebote für junge Menschen in diesem Bereich zu schaffen. Ganz in dem Sinne von „Niemand wird zurückgelassen!“